

Ressort: Politik

Unionsfraktion sorgt sich um Zustandekommen von Sterbehilfe-Gesetz

Berlin, 20.01.2013, 07:56 Uhr

GDN - In der Union wächst die Sorge, dass die schwarz-gelbe Koalition in der laufenden Legislaturperiode kein Sterbehilfe-Gesetz mehr zustande bringt. "Ich kann nur davor warnen, dass wir am Ende der Wahlperiode ohne Suizidhilfe-Verbot dastehen. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, gibt es in den nächsten zehn Jahren keine realistische Chance mehr, das Verbot der Beihilfe zur Selbsttötung im Strafgesetzbuch zu verankern", sagte Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) dem Nachrichtenmagazin "Focus".

Die heutige Regelung, die "alles erlaube", sei "der denkbar schlechteste Zustand". Er fürchtet das stille Ende des Projekts. Einige CDU-Politiker sehen es bis heute kritisch, dass Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben 2010 zum Geburtstag gratuliert und Unterstützung zugesagt hatte. Dazu gab es jetzt eine offizielle Anfrage. In einem internen Vermerk für eine Antwort des Justizministeriums heißt es "Focus" zufolge: "Die grundsätzliche Würdigung der Tätigkeit eines Verbandes geht keineswegs damit einher, dass sich der jeweilige Amtsträger die Positionen des Verbandes ausnahmslos zu eigen macht."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-6121/unionsfraktion-sorgt-sich-um-zustandekommen-von-sterbehilfe-gesetz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619